

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 2

Erste Ausgabe
Verlagspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 10. Januar 1926

Verlagsschleier Berlin G. 2. Poststr. 8/9 IV.
Fernruf Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

Die soziale Bewegung im Vorjahr.

E. T. Die Reinigungskrise, die als notwendige Folge der Inflation die deutsche Wirtschaft durchzumachen hat, drückte auch der sozialen Bewegung Deutschlands im Jahr 1925 den Stempel auf. Es galt zu verhindern, daß die notwendige Umstellung der Wirtschaft allein auf Kosten der Arbeitnehmer vorgenommen wurde. Bei der Steuerpolitik, der Aufwertungsgegesetzgebung, bei der Zoll- und Handelspolitik mußte die Arbeiterschaft ihre Kräfte für die Abwehr der ungleichen Lastenverteilung einsetzen. Die soziale Bewegung war daher eng verknüpft mit der wirtschaftlichen und der politischen Bewegung.

Die Löhne hielten seit der Währungsstabilisierung hinter der Preissteigerung her. Da die Steigerung der Agrarpreise und der Wohnungsmieten für die breiten Massen die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, einschränkte, mußten größere Lohnbewegungen eingeleitet werden, die im allgemeinen zu Erhöhungen der Löhne führten. Die meisten Lohnkonflikte wurden durch Kompromisse beendet, die teilweise ungenügende Lohnerhöhungen vorsahen, zumal die Schlichtungsausschüsse unter Hinweis auf die Preisabbauaktion der Regierung vielfach die Lohnforderungen droffelten. In vielen Fällen konnten die Konflikte nur durch Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen beigelegt werden. Gegen Ende des Jahres mehrten sich infolge der rückläufigen Konjunkturbewegung die Bestrebungen zur Senkung der Löhne, während die Arbeiterschaft infolge der ungenügenden Entlohnung — bis April des laufenden Jahres soll auch die Friedensmiete erreicht sein — Lohnsteigerungen anstreben muß.

Neben dem Steigen der Löhne ging aber auch ein fast ununterbrochenes Anwachsen der Kosten der Lebenshaltung einher. Diese Steigerung der Lebenshaltungskosten trifft die breiten Massen deshalb um so mehr, weil sie zusammenfällt mit einer Verschlechterung des Beschäftigungsgrades.

Zunächst zeigte der Arbeitsmarkt bis Mitte des Jahres im allgemeinen Verbesserungen: Im Januar kamen auf 100 offene Stellen noch 403 männliche Arbeitsuchende, im Juni nur noch 190. Eine langsame Konjunkturbelebung, verstärkt durch das saisonmäßige Anschwellen des Bedarfs an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und den Aufengewerben zeitigte diese Entwicklung. Mitte des Jahres jedoch kam diese Bewegung zum Stillstand. Die Krise im Bergbau und in der Schwerindustrie führten zu Feierschichten, Kurzarbeit und Entlassungen, und diese Bewegung verstärkte sich gegen Ende des Jahres immer mehr. Der saisonmäßige Ausfall von Arbeitsgelegenheiten verstärkt diese Entwicklung.

Dazu ist bei dem fast völligen Erlahmen der sozialpolitischen Tätigkeit noch immer nicht das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung verabschiedet worden. Der vorliegende Entwurf ist vor allem in den Bestimmungen über die Pflichtarbeit, die Kurzarbeiterunterstützung, die Unterstützungsdauer, die Selbstverwaltung usw. verbesserungsbedürftig. Verbesserungen, die bei der Erwerbslosenunterstützung durchgesetzt werden konnten, heben die Notwendigkeit eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht auf. An neuen Bestimmungen über die Sozialversicherung sind weiter zu erwähnen die Neuregelung der Unfallversicherung (diese tritt jetzt auch bei gewerblichen Berufskrankheiten ein), die Erhöhung der Sätze der Invalidenversicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge. Auch der Kampf um die Angestelltenversicherung ist zu erwähnen: Nachdem im März die Leistungen der Angestelltenversicherung teilweise erhöht worden waren, wurde einige Monate später eine Novelle angenommen, die die Leistungen, aber auch die Beiträge um ein Drittel erhöhte und die Versicherungspflichtgrenze auf 6000 RM. heraufsetzte. Noch sehr umstritten sind die Forderungen der Vereinheitlichung der Krankenversicherung und die Gesetzesentwürfe über die Arbeitsgerichte, über den endgültigen Reichswirtschaftsrat und der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes. Verabschiedet, jedoch noch nicht verkündigt wurde eine Novelle zur Fürsorgeverordnung, die eine Besserstellung der Sozialrentner bringt. Im Wohnungswesen hat das letzte Jahr keine wesentliche Verbesserungen gebracht. Da die Mietabgaben nicht voll für Wohnungsbauten verwendet werden, ist die Bautätigkeit sehr gering geblieben. Die Aufwertungsgeetze haben den Kreis der Bedürftigen, deren Forderungen ausgewertet werden sollen, viel zu eng gefaßt. Weiter blieben wichtige sozialpolitische Forderungen unerfüllt, in allererster Linie die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit und die Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes.

Die Gewerkschaftsbewegung, die nach Überwindung der Inflation wieder im Erstarken begriffen ist, stand im vergangenen Jahre im Zeichen der Vereinheitlichungsbestrebungen. Eine große Anzahl von bemerkenswerten Zusammenschlüssen sind erfolgt, durch die die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktionen erhöht werden soll: Der deutsche Eisenbahnerverband vereinigte sich mit der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten, die deutsche Postgewerkschaft gliederte sich die Abteilungen Post und Telegraphie des Verkehrsbundes an, die Arbeiterunion, Gruppe Bergbau, ist in dem Bergarbeiterverband aufgegangen, der Bergarbeiterverband und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schlossen mit dem Einheitsverband

der Eisenbahner einen Vertrag zur gegenseitigen Unterstützung. Auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongress des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau stand im Vordergrund die Frage der Vereinheitlichung der Bewegung unter dem Schlagwort: Berufsverband oder Industrieverband. Sie wurde durch ein Kompromiß gelöst, nach dem von zwangsmäßiger Schaffung der Industrieverbände abgesehen werden soll.

Lohnabbau.

Der Vorstoß der Kartonnagenfabrikanten.

„Man muß das Lohnproblem so wichtig nehmen, wie es sich gebührt. Man muß es dauernd im Auge behalten und nicht erst dann sich damit befassen, wenn der Forderungsbrief der Gewerkschaften beim Arbeitgeberverband eintrifft. — Die Zeit zum offenen Neinsagen ist gekommen. — Der Widerstand gegen die Lohnerhöhungen muß endlich ernst genommen werden. — Wer wirklich nichts zahlen kann, der zahlt auch nichts, mag kommen was will. — Wenn man zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß man den Lohnetat nicht weiter anwachsen lassen kann, dann müssen alle Kräfte in dieser Richtung wirken. Zwischen allen deutschen Unternehmern muß eine stillschweigende Solidarität bestehen. Wo eine Industrie im Kampf steht, wird die Sache aller behandelt. Grundsätzlich ist es, wenn man dem Ringen der Berufsgenossen untätig zuseht. Die Arbeitgeber müssen ernstlich prüfen, ob sie mit der bisherigen Art der Lohnbindung auf dem richtigen Wege sind. Die Löhne können nur im kleinen Kreise gefunden werden. — Die Lösung des Lohnproblems ist nicht einfach. Für die Durchführung der Stabilisierung der Löhne sind die ersten Kräfte gerade gut genug. Die führenden Männer der deutschen Industrie müssen an die Front. Sie können dem Wunder der Währungsstabilisierung das Wunder der Lohnstabilisierung folgen lassen, ein Wunder, das nichts anderes ist, als ein Wunder des Willens: Eine Tat! — Die Höhe der Löhne ist in Deutschland genügend!“

Diese Kernsätze aus einem als Handschrift gedruckten Manuskript der deutschen Arbeitgebervereinigung waren gleichsam die Leitfäden unserer Kartonnagenfabrikanten bei den Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Löhne in der Kartonnagenindustrie, die am 3. Januar in Leipzig stattgefunden haben. In unserer letzten Nummer haben wir unsern Mitgliedern Kenntnis gegeben von den durchgreifenden Absichten der Kartonnagenfabrikanten, den Kartonnagerlohn um 16 Proz. abzubauen. Der Vorsitzende des Kartonnagenfabrikantenverbandes beschränkte sich zu Beginn der Verhandlungen auf die Erklärung, daß es den Unternehmern jetzt sehr ernst sei mit ihren Anträgen auf Lohnabbau und Veränderung der Arbeitszeitregelung, zumal eine Begründung für ihren Antrag bereits im Schreiben vom 15. Dezember gegeben sei.

Unser an den Verhandlungen teilnehmenden Vertreter mußten sich demgegenüber auf den im Interesse der Kartonnagenarbeiterschaft einzig richtigen Standpunkt stellen, daß nicht ein Lohn a b a u, sondern ein weiterer Aufbau der Löhne notwendig sei. Um die schon seit langem ersirkte Gleichstellung der Löhne der Kartonnagenarbeiterschaft mit denen der übrigen Berufsgruppen im graphischen Gewerbe zu

**Das Bureau des Verbandsvorstandes
sowie
Redakt. u. Exped. der „Buchbinder-Zeitung“
befinden sich
ab Montag, den 11. Januar
in
Berlin C. 2, Neuer Markt 8—12 IV.**

bandskasse zurückzuerstatten. Dem Beirat soll dann überlassen bleiben, später über die Gehaltsfrage erneut zu verhandeln und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Der leidige Streit dürfte damit zunächst seinen Abschluß gefunden haben. Mag man aus ihm allerseits die notwendigen Nutzenwendungen ziehen, damit Vorgänge ähnlicher Art, die durchaus der Organisation nicht förderlich sein können, für alle Zeit vermieden werden.

Der Verbandsvorstand.

Kommender Mangel an Arbeitskräften.

Es klingt paradox, in der gegenwärtigen schweren Krise mit ihren nach Millionen zählenden Arbeitslosen von kommenden Mangel an Arbeitskräften zu sprechen. Und dennoch wird dieses Problem im „Reichsarbeitsblatt“ ernstlich erörtert. Regierungsrat Strunden untersucht dort die Auswirkungen des Krieges in bezug auf den Geburtenrückgang, er kommt zu dem Schluß, daß sich die ersten Wirkungen davon auf dem Arbeitsmarkt der Jugendlichen vom Jahre 1929 ab zeigen werden. Er berechnet bereits für

1929 einen Ausfall von über 80 000,
1930 einen Ausfall von über 500 000,
1931 einen Ausfall von über 570 000,
1932 einen Ausfall von über 640 000,
1933 einen Ausfall von über 590 000.

Vom Jahre 1933 würde sich dann der Ausfall von Volkarbeitern, also Arbeitern, die das 18. Jahr erreicht haben, zum erstenmal fühlbar machen und 1937 schon über 2 Millionen Volkarbeiter auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Strunden meint, daß daher nicht nur in den Jahren 1933 bis 1937 keine Arbeitslosigkeit vorhanden sein dürfte, sondern sogar ein starker Mangel an Arbeitskräften sich fühlbar machen werde. Geradezu katastrophale Folgen befürchtet er auf dem Arbeitsmarkt der qualifizierten Facharbeiter.

Da sich diese Folgen in mehr oder minder starkem Maße in allen Staaten zeigen werden, die in den Krieg verwickelt waren, so verspricht sich Regierungsrat Strunden auch nichts davon, daß die Grenzen für ausländische Arbeiter geöffnet werden. Er empfiehlt daher, schon heute mit den vorhandenen Arbeitskräften hauswärtlich umzugehen und der Berufsberatung sowie fachlichen Ausbildung ein erhöhtes Interesse zuzuwenden, um jeden Mann an die richtige Stelle stellen zu können. Dieser Anregung kann man ohne weiteres voll und ganz zustimmen. Und Strunden erkennt übrigens selbst an, daß gerade die Berufsverbände der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Berufsausbildung Jugendlichen schon vor Jahren eine wertvolle Initiative ergriffen haben. Dagegen malt er die sonstigen katastrophalen Folgen auf dem kommenden Arbeitsmarkt sicher viel zu schwarz. Das große Reserveheer der Arbeitslosen wird nicht so schnell aufgebraucht sein, als Strunden dies glaubt. Ein ebenso großes Reserveheer, wie das auf den Arbeitsnachweisen verbucht, steht uns aber noch aus jenen Reihen zur Verfügung, die mangels einer Beschäftigungsmöglichkeit sich ganz abseits gestellt haben. Man braucht nur an die Millionen weiblicher Arbeitskräfte zu erinnern, die während der Kriegszeit zum Teil schwere und schwere Arbeiten verrichtet haben, wie man es vordem kaum für möglich gehalten hätte.

Als wesentlichsten Faktor für den Ausgleich in den kritischen Jahren wird man aber die technische Entwicklung einstellen müssen, wie sie in dem Jahrzehnt bis dahin fortgeschritten sein wird. Die sich immer höher entwickelnde Maschinentechnik, die bei uns erst allmählich heranreife, das Erkenntnis von der hohen Bedeutung der Typisierung bzw.

Normung, die moderne Produktionstechnik u. a. werden zweifellos zunächst erst wieder größere Massen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, die dann nur allmählich wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Die ganze angeordnete Entwicklung wird die deutsche Industrie aber in die Lage versetzen, mit einem erheblich geringeren Arbeiterbestande vielleicht das Doppelte oder Dreifache des heute Möglichen zu produzieren. Aber selbst, wenn alle verfügbaren Reservekräfte der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß eingereiht sein sollten und diese doch nicht ausreichen würden, käme noch in Betracht, daß eine Reihe, wenn auch nur kleine europäische Staaten, wie die Schweiz, Holland und Skandinavien, die an dem Krieg nicht beteiligt waren, die ganzen Jahre ebenfalls unter erheblicher Arbeitslosigkeit zu leiden haben und leicht ein kleines Reserveheer von Facharbeitern abgeben könnten.

Alles in allem genommen, glauben wir daher nicht, daß durch den Geburtenausfall eine ernsthafte Erschütterung des Wirtschaftslebens in dem Ausmaße eintreten wird, wie Strunden es befürchtet. R

Das Kleben von Faltschachteln und Packungen.

In Druckereien wird nicht selten der Fehler begangen, daß Faltschachteln und Packungen, die an einer Seite schlauchartig durch Kleben geschlossen werden sollen, in der ganzen Ausdehnung bedruckt werden. Die Folge davon ist, daß der Klebstoff, da er in die Druckfarbendecke, die abstoßend wirkt, nicht eindringen kann, vollkommen verlagert. Die Schachteln plagen an der getriebenen Stelle auf, was manchmal um so unangenehmer ist, wenn dieser Mangel zu spät bemerkt wird. Sobald derartige Erzeugnisse vollkommen mit Untergrundfarbe oder einer Musterung über die ganze Fläche bedruckt werden, muß der Drucker bzw. Umbruder dafür sorgen, daß der Kleberand ausgespart wird und vollkommen vom Druck verschont bleibt. Wird diese Vorsichtsmaßregel nicht beachtet, dann entstehen, besonders bei großen Auflagen, empfindliche Zeitverluste und Weiterungen aller Art. In solchen Fällen muß dann ein Spezialklebstoff, z. B. Spondilikon, ausgetuschelt werden, der die Druckfarbendecke auf dem Kleberand zerstört und das Eindringen des Klebstoffs begünstigt. In manchen Fällen ist es jedoch sehr schwer, einen Spezialklebstoff, der einwandfrei bindet und keine Entfärbung des Druckes hervorruft, aufzutreiben.

Das Besagte gilt auch für solches Faltschachtelmaterial, das vor dem Druck gestrichelt wird. Denn Firnis wirkt ebenso abstoßend auf Klebstoff, der allgemeinen Zwecken dient, wie Druckfarben, die Öle und Fette enthalten. F. K.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Einsendung der Verbandsgelder.** Da infolge der in vielen Orten jetzt erforderlichen hohen Unterstützungsausgaben an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt nötig, alle überschüssigen Verbandsgelder immer sofort an die Verbandskasse einzusenden.

Da die Beitragsleistung für das 4. Quartal erst mit dem 2. Januar 1926 abschließt, werden wir alle bis zum 2. Januar eingezahlten Geldsendungen noch als für das 4. Quartal 1925 eingelandt verbuchen.

2. **Zuschüsse aus der Verbandskasse.** Bei Anträgen um Zusendung von Zuschüssen aus der Verbandskasse sind die dafür bestimmten Antragsformulare zu benützen unter Beachtung der im Handbuch auf Seite 96 gegebenen Anweisungen. Die Gesuche um Zuschüsse müssen vom Bevollmächtigten und Kassierer gemeinsam gestellt werden. Dabei ist anzugeben, warum der Zuschuß benötigt wird, sowie wie hoch die Einnahme und Ausgabe des laufenden Quartals und der am Ort vorhandene Kassenbestand ist. Anträge, die diese Angaben nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.

3. **Tariffstatistik.** Mit Rundschreiben 44 ist den Gauleitern und Zahlstellen mit Angestellten das Material für die diesjährige Tariffstatistik zugesandt worden. Die Fragebogen sind allen Stellen in doppelter Anzahl zugegangen, damit ein Exemplar den

Storbefehel.

Im Monat Dezember sind uns folgende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:
Berlin. Max Hohnte, Buchbind., 37 Jahre, Operation.

— Paul Siegerist, Buchbinder, 72 Jahre, Herzschlag.

— Martha Lutajschewski, Lugschpapierarbeiterin, 16 Jahre, Rippenfellentzündung.

— Magdalena Krisker, Buchbindereiarbeiterin, 30 Jahre.

— Albert Kessel, Buchbinder, 60 Jahre, Krebs.

— Erna Pajas, Falgerin, 37 Jahre.

Dresden: Klara Schufze, Papierwarenarbeiterin, 24 Jahre, Gehirnschlag.

— Helene Schmidt, Papierwarenarbeiterin, 20 Jahre, Lungentuberkulose.

Leipzig: Willy Lang, Buchbinder, 38 Jahre, Krebs.

— Heinrich Ostermann, Buchbinder, 62 Jahre, Herzschlag.

— Richard Stork, Buchbinder, 63 Jahre, Herzschlag.

— Paul Zeit, Buchbinder, 68 Jahre, Nierenleiden.

— Martha Ny, Buchbindereiarbeiterin, 52 Jahre, Lungenleiden.

— Margarete Albrecht, Buchbindereiarbeiterin, 35 Jahre, Lungenleiden.

— Luise Basse, Buchbindereiarbeiterin, 21 Jahre, Nierenleiden.

— Elsa Müller, Buchbindereiarbeiterin, 25 Jahre, Herzschlag.

— Alfred Kerschmer, Buchbinder, 49 Jahre, Lungenleiden.

Nürnberg-Fürth. Hans Horn, Kartonnagenarbeiter, 43 Jahre, Lungenleiden.

Plauen. Oswald Freund, Lintierer, 50 Jahre, Magenoperation.

Stuttgart. Franz Lang, Buchbinder, 57 Jahre, Kehlkopf-tuberkulose.

— Ernst Zürn, Buchbinder, 46 Jahre, Rückenmarkleiden.

— Karl Kopp, Buchbinder, 48 Jahre, Gehirnschlag.

— Franz Wetenmann, Buchbinder, 66 Jahre.

— Marie Hieber, Buchbindereiarbeiterin, 64 Jahre, Herzleiden.

— Berta Herrmann, Buchbindereiarbeiterin, 33 Jahre, Lungenleiden.

Wurzen. Emma Kaminski, Kartonnagenarbeiterin, 34 Jahre, Lungenleiden.

Allen ein ehrendes Andenken.

Atten des Gauleiters bzw. der Zahlstelle einverteilt werden kann.

Da mit Ausnahme der Zahl der Organisierten alle Fragen durch unsere letzte Branchenstatistik und die örtlichen bzw. Bezirksstarke beantwortet werden können, so bitten wir um pünktliche Einhaltung des Termins, damit wir am 15. Januar in Besitz aller Fragebogen sind.

4. **Betriebsräte.** Zahlstellen und Gauen erinnern wir hiermit nochmals an die Einsendung der Berichte über die Betriebsräte. Wir bitten um eine recht gewissenhafte Beantwortung der gestellten Fragen.

3. **Der Kollege Max Jach,** geb. 29. September 1886 in Glaucha in Sachsen, wird gebeten, unverzüglich sein Mitgliedsbuch zur Kontrolle an uns einzusenden. Die Gau- und Ortsverwaltungen, bei denen Jach sich meldet, werden gebeten, das Mitgliedsbuch einzuziehen und an uns zu einzusenden. Wenn Kollege Jach ohne Mitgliedsbuch irgendwo vorpricht, erbitten wir Nachsicht. Ohne Vorlegung des Mitgliedsbuches empfehlen wir mit örtlicher Unterstützung vorsichtig zu sein.

6. **Ausgeschlossen auf Grund des § 15 b des Statuts** wurde in Magdeburg die zeitweilig im dortigen Ortsbureau tätig gewesene Buchbindereiarbeiterin Frieda Stölze, geboren am 28. Dezember 1908 in Staßfurt. (Buch-Nr. 839 270).

Der Verbandsvorstand.